

Regierung Orban weiter in Bedrängnis

Finanzskandal erreicht Ungarns Politik

Meret Baumann 8.4.2015



Nach Buda-Cash und Hungaria Ertekpapir ging auch die Broker-Firma Quaestor pleite – mit politischen Folgen. (Bild: Akos Stiller / Bloomberg)

Kurz vor dem Bankrott eines betrügerischen Finanzdienstleisters rettete die ungarische Regierung öffentliche Mittel, während private Anleger um ihr Geld fürchten. Die Affäre schadet der angeschlagenen Regierung Orban.

Die Pleiten von gleich drei im Wertpapierhandel tätigen ungarischen Unternehmen, die in den vergangenen Wochen den Finanzmarkt des Landes erschüttert haben, bestimmen derzeit auch die politische Debatte im Land. Nachdem vor rund einem Monat die Finanzdienstleister Buda-Cash und Hungaria Ertekpapir innert weniger Tage zusammengebrochen waren und wegen des Verdachts auf Betrug und Veruntreuung die Betriebslizenz verloren hatten, erwischte es kurz darauf die Broker-Firma Quaestor. Die Behörden werfen dem Unternehmen vor, Kundengelder veruntreut und fiktive Anleihen im Wert von 150 Milliarden Forint (umgerechnet rund 520 Millionen Franken) aufgelegt zu haben. Ende März wurden der Chef von Quaestor, Csaba Tarsoly, seine Frau sowie ein Mitarbeiter in Haft genommen.

Verdacht des Insiderhandels

Nach Schätzungen sind von den Konkursen rund 150 000 Anleger betroffen mit einer Schadensumme von über einer Milliarde Franken. Der Skandal ist in politischer Hinsicht brisant, denn die Führung von Quaestor verfügt über enge Bande zur Regierungspartei Fidesz. Nach ungarischen Medienberichten ist Tarsoly ein enger Vertrauter von Aussenminister Peter Szijjarto, und Quaestor finanzierte in Moskau sogar eine Agentur, an die das Aussenministerium konsularische Dienste ausgelagert hatte. Auch mehrere Ministerien hatten bei Quaestor Geld angelegt.

Wie viel Geld die öffentliche Hand durch die Pleite verlor, ist offen. Sicher aber ist, dass das Aussenministerium seine Vermögenswerte über gut 13 Millionen Franken rechtzeitig abzog – nur Stunden bevor der Konkurs des

Brokers publik wurde. Vor zehn Tagen erklärte Ministerpräsident Orban, er habe nach dem Bankrott von Buda-Cash alle Ministerien angehalten, ihre Gelder bei Quaestor abzuziehen – als Vorsichtsmassnahme. Er musste einräumen, von Tarsoly in einem Brief über die drohende Illiquidität im Zuge der ausgelösten Welle von Wertpapierverkäufen informiert worden zu sein, dies sei aber erst nach seiner Weisung geschehen.

Dass die Regierung ihre Gelder rettete, zahlreiche Kleinanleger aber um ihre Ersparnisse bangen müssen, hat die Betroffenen empört und teilweise zu Demonstrationen auf die Strasse getrieben – zumal der Verdacht im Raum steht, der Abzug öffentlichen Gelds habe den Konkurs beschleunigt oder überhaupt erst ausgelöst. Die Oppositionsparteien kritisieren die Spekulation mit Steuergeldern, die mangelhafte Aufsicht durch die Nationalbank, und sie bezichtigen die Regierung des Insiderhandels. Eine weitere Ungereimtheit in dem Fall ist, dass Tarsoly im Gegensatz etwa zur Führung von Buda-Cash erst knapp drei Wochen nach der Ankündigung des Bankrotts festgenommen wurde. Bis dahin habe er Vermögenswerte in Sicherheit bringen und Beweismittel vernichten können, vermuten regierungskritische Medien.

Orban betonte in seiner Erklärung zur Affäre, man habe keine Spekulationsgeschäfte betrieben. Die Steuergelder seien in sicheren Wertpapieren angelegt worden, jedoch am falschen Ort. Über den Regierungssprecher liess er zudem verlauten, die Öffentlichkeit sei deshalb nicht über sich abzeichnende Probleme informiert worden, um eine Panikreaktion zu vermeiden. Im Parlament wurde vergangene Woche ein Gesetz verabschiedet, das die Beschlagnahmung der Vermögen von in derartige Betrugsfälle involvierten Unternehmen sowie der Privatvermögen ihrer Führung ermöglicht. Damit soll ein Fonds für Anlegerschutz geäufnet werden, der geprellte Investoren bis zu einer Summe von 6 Millionen Forint (gut 20 000 Franken) entschädigt.

Jobbik profitiert

Ob die Massnahme geeignet ist, den Schaden für den Fidesz, der sich in den vergangenen Jahren stets als Partei des kleinen Mannes gebärdet hatte, in Grenzen zu halten, ist offen. Die Umfragewerte der Partei brachen zuletzt ein, nachdem sie im letzten Jahr drei Wahlen noch haushoch gewonnen hatte. Der von der Regierung nach Massenprotesten fallengelassene Plan einer Internetsteuer, die Nähe Orbans zum russischen Präsidenten Putin oder das seit drei Wochen geltende Verbot des Sonntagsverkaufs haben auch eigene Wähler verärgert. Zudem kämpft der Fidesz mit internen Querelen. Nach dem Bruch Orbans mit seinem einstigen Vertrauten Lajos Simicska berichten dessen zuvor loyale Medien zunehmend kritisch über die Regierung. Fraglich ist auch, wie gut Orban den ambitionierten Partei-Nachwuchs unter Kontrolle hat. Einige Exponenten stehen im Verdacht, sich an den Fleischtöpfen der Macht ungebührlich bereichert zu haben. Zu ihnen zählt auch der junge Aussenminister Szijjarto, der in Diplomatenkreisen als Fehlbesetzung gilt.

Von der Formschwäche des Fidesz profitiert vor allem die rechtsextreme Partei Jobbik, die in Umfragen nur noch drei Prozentpunkte hinter dem Fidesz liegt. Der Finanzskandal dürfte ihr zusätzlich nützen, gehen dessen Ursprünge doch auf die Regierungszeit der oppositionellen Sozialisten zurück, denen das Unternehmen Buda-Cash nahestehen soll. Ohne je Regierungsverantwortung innegehabt zu haben, kann nur Jobbik derzeit glaubhaft behaupten, nie in Korruption und Missbrauch öffentlicher Gelder verwickelt gewesen zu sein.